

Arbeitsgruppe
Alternative Wirtschaftspolitik

MEMORANDUM '97

Beschäftigungspolitik und
gerechte Einkommensverteilung
gegen soziale Zerstörung

PapyRossa Verlag

4. Ostdeutschland: Wirtschaftsregion ohne Perspektiven?

Ostdeutschland – eine besondere deutsche Wirtschaftsregion

Sieben Jahre nach der Einführung der D-Mark in Ostdeutschland und dem Beginn der Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft ist diese Region zu einem besonderen deutschen Wirtschaftsgebiet mit deutlich geringerem Produktions-, Produktivitäts- und Einkommensniveau gegenüber Westdeutschland geworden. Obwohl die Transformation der Eigentumsverhältnisse, der Sozialstrukturen, der öffentlichen Verwaltung und Gesetzgebung zu kapitalistischen Formen und Inhalten vollzogen und rigoros den westdeutschen Vorbildern angepaßt wurde, wird Ostdeutschland noch auf lange Zeit eine besondere deutsche Region bleiben.

Die ursprünglich verkündete offizielle politische Zielstellung, in kurzer Zeit das ostdeutsche Produktivitäts- und Einkommensniveau an das westdeutsche anzugleichen und damit in den beiden deutschen Regionen qualitativ etwa gleiche Lebensbedingungen zu schaffen, ist fehlgeschlagen. Statt dessen ist die größte Problemregion Deutschlands entstanden: „Die Wirtschaft Ostdeutschlands befindet sich erneut an einem Wendepunkt. Nach drei Jahren rascher Expansion droht nun eine Krise, weil die Impulse des Neuaufbaus und der Privatisierung schwächer werden und Neues nicht an ihre Stelle tritt.“ (DIW Wochenberichte 1-2/97, S. 23)

Produktivitäts- und Einkommensabstände aber sind nur Indikatoren für einen ganzen Komplex von qualitativen ökonomischen und sozialen Unterschieden gegenüber dem früheren Bundesgebiet, der Ostdeutschland noch auf Jahrzehnte zu einer besonderen deutschen Region macht:

– Sie ist kein organisch gewachsener kapitalistischer Wirtschaftsraum, vielmehr eine Wirtschaftsregion, die von außen schockartig in den Markt und die Arbeitsteilung des früheren Bundesgebiets

und der EU integriert wurde. Das prägte vor allem die Eigentums- und die Sozialstrukturen.

– Die Eigenart der Transformation in Ostdeutschland führte zu einer rückständigen, wenig zukunftssträchtigen Wirtschaftsstruktur, vor allem in der Industrie.

– Noch auf sehr lange Zeit wird die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Ostdeutschland von Real- und Finanztransfers aus Westdeutschland abhängig bleiben.

– Gefördert durch die Spezifik der Transformation wird sich die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung noch für lange Zeit von den politischen und mentalen Verhaltensmustern der westdeutschen unterscheiden.

Diese Unterschiede veranlassen die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*, in ihrem MEMORANDUM '97 der wirtschaftlichen und sozialen Situation in den neuen Ländern besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Der Wachstumsschub ist beendet

In den letzten beiden Jahren verminderte sich das ostdeutsche Wirtschaftswachstum erheblich. Für 1997 schätzt das DIW den Zuwachs des BIP nur noch mit einem Prozent, deutlich weniger als für Westdeutschland, wo etwa zwei vH erwartet werden. Sollte die politische Zielsetzung der Bundesregierung, die die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* von Anfang an für illusorisch hielt, verwirklicht werden, die Wirtschaft in den neuen Ländern in absehbarer Zeit an das westdeutsche Produktivitäts- und Einkommensniveau anzugleichen, müßte sie in den nächsten zehn Jahren jährlich um 8,2 vH wachsen. Eine solch hohe Rate ergibt sich bereits, wenn in diesem Jahrzehnt für Ost und West keine Zunahme der Beschäftigten angesetzt wird. Sollten zumindest in den neuen Ländern, wie es die Bundesregierung stets erklärt, mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, müßte die Rate noch höher liegen. Derart hohe Zuwachsraten für einen Zehnjahreszeitraum wurden bisher in keinem Land der Erde, beobachtet; sie sind auch für die neuen Länder völlig unrealistisch.

Tabelle 6: Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland – realer Zuwachs gegenüber dem Vorjahr, vH

	1994	1995	1996
Bruttoinlandsprodukt (BIP) .	9,9	5,3	2,0
Produzierendes Gewerbe ¹	14,9	5,7	1,5 ²
Verarbeitendes Gewerbe (Industrie)	15,5	6,7	5,3 ²
Bauhauptgewerbe	26,7	1,4	-2,5 ²
Investitionen insgesamt (alle Bereiche)	18,4	9,5	5,0 ³
darunter: Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe	5,5	3,9	-1,9 ³

- 1) Bruttowertschöpfung zu Preisen von 1991
- 2) Schätzung des SVR im Jahresgutachten 1996/97
- 3) Schätzung nach BMWi „Wirtschaftsdaten Neue Länder“

Quellen: BMWi, Wirtschaftsdaten Neue Länder, November 1996, S. 20; BMWi, Jahreswirtschaftsbericht 1997 der Bundesregierung, S. 106 a, Tabelle 3; DIW Wochenbericht 43-44/1996, Berlin, S.697; SVR, Jahresgutachten 1996/97, S. 79

Die Investitionswelle der westlichen Unternehmen im Rahmen der Transformation ist an Grenzen gestoßen, d.h. die Möglichkeiten, mit massiven staatlichen Subventionen schnellen Vermögenszuwachs und entsprechende Profite zu erzielen, sind weitgehend ausgeschöpft. An die Stelle einer staatlich geförderten Rekapitalisierung tritt nun das normale Verwertungsinteresse der Investoren, ausgerichtet an den Bedingungen der internationalen Märkte und Standorte. *Die Wirtschaft in Ostdeutschland ist auf das bekannte Entwicklungsmodell rückständiger kapitalistischer Wirtschaftsregionen eingeschwenkt*, darin liegen die wahren Ursachen für die Wachstumsschwäche. Der massiv subventionierte „Aufschwung Ost“ hat keinen sich selbst tragenden Aufschwung initiiert. Um die künftigen Wachstumschancen dieser deutschen Region einschätzen zu können, müssen die Ergebnisse der Transformation, wie sie sich im gegenwärtigen Niveau und der herausgebildeten Struktur ihrer Wirtschaft widerspiegeln, analysiert werden.

Niedriger Industrialisierungsgrad und wachstumshemmende Strukturen

Die künftigen Wachstumschancen der ostdeutschen Wirtschaft werden wesentlich vom quantitativen Umfang und dem qualitativen Niveau der Industrie bestimmt. Im zweiten Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung in Ostdeutschland heißt es: „Die industrielle Basis in den neuen Ländern ist nach wie vor zu schmal. Während die Industrie 1995 in Westdeutschland 26,4 vH der gesamten Bruttowertschöpfung erwirtschaftete, lag die entsprechende Quote in Ostdeutschland bei 14,0 vH.“ Mehr als 2,5 Millionen industrieller Arbeitsplätze wurden bisher abgebaut.

Tabelle 7: Beschäftigte in Bergbau und Verarbeitendem Gewerbe – je 1.000 Einwohner (Industriebesatz)

	Neue Bundesländer	Früheres Bundesgebiet
1995 (Jahresdurchschnitt)	39,9	92,3
1996 (Juni)	37,8	89,4

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, eigene Berechnungen

Ein Ende dieser Talfahrt ist noch nicht absehbar, wie z.B. eine Umfrage unter ehemaligen Treuhandbetrieben ergab: Sie planen 1997 und 1998 eine weitere Reduzierung ihrer Beschäftigung.

Die Politik der Bundesregierung hat diesen katastrophalen Niedergang der Industrie in Ostdeutschland wesentlich mit verursacht. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* warnte seit der Vereinigung in allen ihren Veröffentlichungen vor den Folgen der Bonner Politik gegenüber der ostdeutschen Wirtschaft und vor allem der Industrie. Es waren gerade die viel beschworenen „Marktkräfte“, die den westlichen Investoren freie Hand gaben, die überkommenen ostdeutschen Industriepotentiale aus Konkurrenzgründen und zu Gunsten profitablerer westdeutscher und ausländischer Kapazitäten zu schleifen. Überwiegend westdeutsche Unternehmen

eroberten den ostdeutschen Markt, aber sie schufen keine reproduktionsfähige Wirtschaft, keinen sich selbst tragenden Aufschwung in den neuen Ländern.

Ein offizieller Bericht der Bundesregierung gesteht dies praktisch ein, wenn er feststellt: „Defizite besitzt die ostdeutsche Industrie noch in ihrer Struktur. Es dominieren Industrieunternehmen und Branchen, die auf lokale und regionale Märkte ausgerichtet und zu wenig in den internationalen Wettbewerb eingebunden sind.“

Ein bemerkenswertes Eingeständnis derselben Regierung, die versprach, in den neuen Ländern die modernste Wirtschaftsregion Europas schaffen zu wollen.

Die mit der Transformation entstandenen Strukturen der Industrie in Ostdeutschland sind in eigenständiger Dynamik nicht expansionsfähig; gegenwärtig lassen sich nur schwache Ansätze für einen sehr langfristigen Modernisierungsprozeß in Richtung überregionaler bzw. internationaler Wettbewerbsfähigkeit erkennen.

Tabelle 8 legt die entscheidenden Strukturschwächen der Industrie in Ostdeutschland offen.

Tabelle 8: Gewicht des ostdeutschen im gesamtdeutschen Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe¹, Anteile vH, Januar bis September 1996

Betriebe	Beschäftigte	Umsatz	Export	Bruttolohn- und Gehaltssumme
14,4	9,0	6,3	2,6	6,3

1) Alle Daten für Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Quelle: Berechnet nach Statistisches Bundesamt Wiesbaden, FS.4, R.4.1.1, September 1996, S. 26, 50, 74

Deutlich sichtbar ist das Mißverhältnis zwischen den ostdeutschen Anteilen an der Anzahl der gesamtdeutschen Industriebetriebe und -beschäftigten einerseits und den Anteilen am Umsatz und vor allem an den Exporten andererseits. Diese Diskrepanzen signalisieren strukturelle Defizite, die einer dynamischen, prosperierenden Entwicklung der Wirtschaft in den neuen Ländern entgegenstehen. Hier sei nur auf die wesentlichsten verwiesen.

Dominanz westlichen Eigentums an den Industriekapazitäten

Die von der Treuhandanstalt (THA) praktizierte Privatisierung der Industrie in den neuen Ländern führte dazu, daß westdeutsche Investoren sich die Filetstücke aneignen konnten. Lediglich 2.700 Unternehmen, sechs Prozent des Industrievermögens der THA, erhielten ostdeutsche Bewerber in Form von Mitarbeiterbeteiligungen (MBO/MBI). Dadurch entstand in Ostdeutschland eine Wirtschaftsstruktur abhängiger Filialen ohne eigenständige Produktions-, FuE- und Verwaltungszentren national und global agierender Konzerne. Nachdem die THA-Politik systematisch ostdeutsche „Kompetenz- und Entscheidungszentren“ zerstört hat, bedauert die Bundesregierung nun, daß sie bei den „unternehmerischen Planungen“ nicht „angemessen beteiligt“ seien (vgl. Wirtschaftsbericht 1997, S.83).

1995 wurden 90 Prozent aller Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands von westdeutschen beziehungsweise ausländischen Investoren getätigt. Die Masse der Unternehmen in Ostdeutschland war folglich bis zu diesem Zeitpunkt nicht in der Lage, aus eigenen Gewinnen zu akkumulieren. Dieser Umstand verschärft die aus der Eigentumsstruktur folgenden Probleme für die gegenwärtige Entwicklung der Industrie in den neuen Ländern.

Einen aufschlußreichen Einblick in die infolge der THA-Politik entstandene Eigentumsstruktur, gewährt eine Untersuchung der fünfzig größten Industrieunternehmen im Lande Brandenburg aus den Jahren 1995/96 (PIW 1996). Danach befanden sich 34 Unternehmen in westdeutschem Besitz, 10 Unternehmen gehörten ausländischen Eigentümern, zwei Unternehmen bildeten gemischte Gesellschaften mit westdeutschen und ausländischen Kapitaleignern. Weitere zwei Unternehmen waren noch nicht vollständig privatisiert. Lediglich zwei der fünfzig größten Industrieunternehmen des Landes Brandenburg waren im eigenständigen ostdeutschen Management. Die entscheidende Folge dieses überstürzten Ausverkaufs aber ist, daß die regionale Wirtschaft des Landes Brandenburg nur unzureichend in die Wertschöpfungsketten dieser 50 größten Unternehmen einbezogen wurde. Einerseits hat dieser Transformati-

onsproß traditionelle Produktionsverflechtungen aufgelöst, die Industrielandschaft derart ausgedünnt, daß in vielen Nachfrageseg-
menten spezialisierte Zulieferer für Großbetriebe verschwanden. Andererseits haben die Investoren neben neuen Produkten und Know-how auch für ihre traditionellen westlichen Zulieferer neue Märkte im Osten der Bundesrepublik erschlossen.

Dies gilt im übrigen auch für die Bauwirtschaft. Sie wurde als Konjunkturlokomotive im Osten bezeichnet, hat diese ihr zgedachte Funktion jedoch nur teilweise erfüllen können. K. von Dohnanyi, Sonderbeauftragter der Nachfolgeeinrichtung der Treuhandanstalt (BvS) für die „Einkaufsoffensive Ost“, stellt resignierend fest: „Die ostdeutschen Bauaufträge gehen zwar an Firmen, die auch in Ostdeutschland tätig sind, aber der Zulieferbereich kommt noch zu einem großen Teil aus Westdeutschland, Sanitär, Heizung, Elektrik und insbesondere die Planung. Und so verbleibt beispielsweise von 10 Millionen DM knapp die Hälfte im Osten, der Rest geht nach Westdeutschland. Auf diesem Weg fließen Gelder für den Aufschwung der ostdeutschen Industrie in Kanäle, die dann wieder nur die westdeutsche Wirtschaft bewässern“ (Neues Deutschland, 19.12.1996, S. 9).

Wenig innovativ

Die westlichen Investoren konzentrierten ihre Anlagen vor allem auf Kapazitäten für konventionelle Güter, die sich schnell über lokale, risikoarme Märkte amortisieren ließen. Potentiell FuE-intensive Zweige waren 1995 in Ostdeutschland nur mit 47 vH am Gesamtindustriellen Umsatz beteiligt, in Westdeutschland jedoch mit 61 vH. Dagegen entfielen auf nicht FuE-intensive Zweige, deren längerfristige Wachstumschancen begrenzt bleiben, wesentlich höhere Anteile, so z.B. auf die Nahrungs- und Genußmittelindustrie 20 vH (in Westdeutschland 12 vH), auf Glas-, Keramik, Steine und Erden 9 vH (3 vH).

Nur rd. 4 vH der gesamtdeutschen FuE-Ausgaben im Unternehmensbereich entfallen auf die neuen Länder.

Die Untersuchung der Großbetriebe Brandenburgs identifizierte immerhin acht von den 50 als innovative Zentren mit endogenen FuE-Potentialen, ein schwacher Ansatz für den Ausbau der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und künftiger Wachstumspotentiale der Industrie in Ostdeutschland. Dagegen tendierte ihrer Ausstattung nach fast die Hälfte dieser fünfzig Großbetriebe zu „verlängerten Werkbänken“ der jeweiligen westlichen Muttergesellschaften.

Die Investitionsentwicklung spiegelt diese wenig zukunftsorientierten Markteroberungen wider. In den Jahren 1991/92 begann, von einem sehr niedrigen Niveau aus, eine Investitionswelle, die 1994/95 deutlich an Dynamik verlor und 1996, nach vorliegenden Schätzungen, unter dem Vorjahresniveau bleiben wird, weil der Zugriff auf die Filetstücke und risikoarmen Kapazitäten vollzogen ist (vgl. Tabelle 6).

Von 1991 bis 1996 sind, nach Berechnungen des ifo-Instituts, rd. 45 vH aller industriellen Investitionen in den neuen Ländern in die nicht FuE-intensiven Zweige der Grundstoffindustrien geflossen, aber nur 29 vH in die Investitionsgüterindustrien. In Westdeutschland entfielen 1994 rd. 40 vH der industriellen Investitionen auf die Zweige der Investitionsgüterindustrien.

Ungenügende Exportintensität

Ein folgenschweres Ergebnis der Transformation ist die außerordentliche Exportschwäche der Industrie in Ostdeutschland. Einschließlich ihrer schwachen Präsenz auf dem westdeutschen Markt ist dies die Hauptursache für den hohen Transferbedarf der neuen Länder. Sie erzielten gegenwärtig nicht einmal drei Prozent der gesamtdeutschen Industrieexporte.

Tabelle 9: Exportintensität der ost- und westdeutschen Industrie, vH

Hauptgruppe/Zweig	Exportquoten ¹		Anteil der neuen Länder am gesamten Export d. jew. Zweiges
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder u. Berlin-Ost	
Hauptgruppen, Januar – September 1996			
Vorleistungsgüter	27,8	12,9	3,2
Investitionsgüter	45,4	30,5	1,7
Gebrauchsgüter	24,7	15,4	4,5
Verbrauchsgüter	15,7	6,6	3,3
<i>Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe insgesamt</i>	30,7	11,9	2,6
Ausgewählte Zweige, Jahresdurchschnitt 1995			
Fahrzeugbau	48,7	19,8	1,7
Maschinenbau	43,7	22,4	2,4
Chemische Industrie	42,4	23,9	2,4
Herstellung von Büromaschinen	36,4	14,2	1,9
Textil- und Bekleidungsindustrie	10,7	15,8	12,1
<i>Verarbeitendes Gewerbe insgesamt</i>	29,9	12,2	2,5

1) Anteil der Exporte am Gesamtumsatz der jeweilige Hauptgruppe bzw. des jeweiligen Zweiges

Quellen: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, FS.4, R. 4.1.1, September 1996 und ebenda 1995

Wie die Industrie insgesamt zeigen auch die einzelnen ostdeutschen Hauptgruppen und Branchen deutlich niedrigere Exportquoten als im Westen und entsprechend geringe Anteile an den jeweiligen deutschen Gesamtexporten. Dabei ist auffällig, daß die Investitionsgüterindustrien der neuen Länder eine relativ hohe Exportquote (rd. 31 vH) ausweisen, zugleich aber auch, daß sie im deutschen Gesamtexport dieser Hauptgruppe mit einem Anteil von nicht einmal zwei Prozent nahezu bedeutungslos sind. Immerhin, im Bereich dieser Industrien sind Ansätze für eine künftige ex-

portorientierte Entwicklung vorhanden, die jedoch kräftig expandieren müßten.

In allen oben aufgeführten Zweigen, mit Ausnahme der Textil- und Bekleidungsbranche, dominieren in Ostdeutschland – gemessen an der Leistungskraft – westdeutsche bzw. ausländische Unternehmen. Die Exportschwäche in Ostdeutschland ist so ein Ergebnis der auf lokale Märkte beschränkten Strategie des westlichen Managements.

Ein hohes Defizit von Großbetrieben in der Unternehmensstruktur

In Westdeutschland gab es 1994 im Verarbeitenden Gewerbe 784 Betriebe mit 1.000 und mehr Beschäftigten, in den neuen Ländern 51. Auf diese Betriebe konzentrierten sich in Westdeutschland 33 vH der Beschäftigten und 41 vH des Umsatzes, im Osten dagegen lediglich 14 vH der Beschäftigten und 15 vH des Umsatzes. Gravierend sind die Defizite in der Elektroindustrie (176 Großbetriebe in Westdeutschland zu 6 in Ostdeutschland) und im Maschinenbau (119 zu 5). Vor allem fehlen in den neuen Ländern jene großen Anbieter, die moderne Massenfertigung von technikintensiven Konsum- und Investitionsgütern für nationale und globale Märkte betreiben und deshalb zugleich Innovations-, FuE- und regionale Kooperations-Zentren bilden. *Die Dominanz von Klein- und Kleinstbetrieben in den neuen Ländern ist zusammen mit den Defiziten der Branchenstruktur die entscheidende Ursache für die großen Produktivitäts- und Exportschwächen gegenüber der westdeutschen Wirtschaftsregion.*

Im Jahre 1994 waren mehr als 70 vH der industriellen Beschäftigten in den neuen Ländern in Betrieben bis unter 500 Beschäftigte konzentriert; in Westdeutschland dagegen nur 53 vH. Je größer das Unternehmen, desto höher aber ist in der Regel seine Produktivität. So erbrachten 1994 die westdeutschen Betriebe mit 1.000 und mehr Beschäftigten 41 vH des industriellen Gesamtumsatzes mit nur rd. 33 vH der Beschäftigten.

Tabelle 10: Bruttowertschöpfung je Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe; früheres Bundesgebiet, 1994

Betriebsgrößenklasse nach Anzahl der Beschäftigten	Bruttowertschöpfung je Beschäftigten in DM	Bruttowertschöpfung in Relation zum Durch- schnitt der Industrie, vH
20 – 49	79.917	75,6
50 – 99	85.204	80,6
100 – 199	87.417	82,7
200 – 499	94.241	89,2
500 – 999	108.124	102,3
1.000 und mehr	122.386	115,8
Alle Größenklassen insgesamt	105.680	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, FS. 4. R. 4.2.1, 1995

Großer Produktivitätsrückstand

Gemessen am Umsatz je Beschäftigten erreichte die ostdeutsche Industrie 1996 nicht einmal 70 vH des westdeutschen Niveaus. Dabei hatten die Vorleistungsgüterproduzenten (z.B. Baustoffe) sich mit 75 vH am weitesten angenähert, während die zukunftssträchtigen, exportorientierten Investitionsgüterproduzenten mit 55 vH den größten Abstand unter den Hauptgruppen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes insgesamt aufwiesen. Günstigere Positionen erlangen auch die Verbrauchsgüterproduzenten mit rd. 70 vH des westdeutschen Niveaus. Hier dokumentieren sich die modernisierten Kapazitäten der auf lokale Märkte gerichteten Produzenten, wie z.B. die der Nahrungsmittelindustrien.

Aus dem bedeutenden Produktivitätsgefälle zwischen Großbetrieben und kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ergeben sich, immer auch in Verbindung mit den Defiziten in der Branchenstruktur, prinzipielle Schlüsse für die Situation und Perspektiven der Industrie in Ostdeutschland:

– Ohne einen erheblichen Abbau des Defizits an Großbetrieben in den neuen Ländern ist eine Angleichung an das westdeutsche

Produktivitäts- und damit auch Einkommensniveau nicht zu erreichen.

– In ähnlicher Weise wie die Produktivität unterscheiden sich auch die Exportquoten nach den Betriebsgrößenklassen. Eine Grundvoraussetzung für die Steigerung der ostdeutschen Ausfuhren, und damit auch für die Verminderung des Transferbedarfs, ist mithin ebenfalls eine deutliche Verstärkung des Gewichts von Großbetrieben in dieser Region.

– Großbetriebe verzeichnen gegenüber KMU auch erheblich niedrigere Lohnstückkosten, d.h. sie erzielen eine höhere Bruttowertschöpfung je Einheit Arbeitskosten, als dies den KMU möglich ist. Bei einer ausgewogenen Größenstruktur in einer organisch gewachsenen Wirtschaft ist diese Differenz Ausdruck der Arbeitsteilung und Kooperation zwischen den Betrieben aller Größenklassen. In den neuen Ländern aber sind die höheren Lohnstückkosten gegenüber Westdeutschland vor allem eine Folge der Defizite in der Größen- und Branchenstruktur der Betriebe, also keineswegs überhöhter Löhne. Im Grunde ist ein genereller Vergleich der Lohnstückkosten zwischen Ost- und Westdeutschland infolge der Strukturunterschiede zwischen beiden Regionen wissenschaftlich und politisch unredlich.

– In den Großbetrieben konzentriert sich auch das FuE-Potential der privaten Wirtschaft. Im früheren Bundesgebiet arbeiten in den Unternehmen mit 1.000 und mehr Beschäftigten rd. 80 vH des betrieblichen FuE-Personals. In Ostdeutschland ist die Relation genau umgekehrt: Hier befinden sich 80 vH des FuE-Personals in KMU. Dies ist die Ursache dafür, daß dieses Potential noch immer schrumpft. Auch hier ist eine Angleichung an westdeutsche Verhältnisse ohne eine drastische Veränderung der Betriebsgrößenstruktur nicht möglich.

Anschwellende Konkurswelle

Mit der Transformation setzte eine einmalige Welle von Betriebsneu- und -ausgründungen ein. Aber sowohl die Gründungen als auch

die ersten Konkurse von Unternehmen trugen von Anfang an Merkmale der Transformation.

Die Gründungswelle ging zunächst einher mit der (treuhänderischen) Liquidierung von Großbetrieben, also der nun fehlenden „Kompetenz- und Entscheidungszentren“.

Die Anzahl der Gründungen von Unternehmen hat sich inzwischen vermindert: So erreichten die Eintragungen von Unternehmen ins Handelsregister 1996 nur noch zwei Drittel der Summe des Jahres 1991. War hier eine gewisse Normalisierung zu erwarten, so überrascht zunächst der gleichzeitige Anstieg von Insolvenzen. Dabei wurde fortlaufend beschworen, daß die Neu- und Ausgründungen günstige Entwicklungsbedingungen im Rahmen der Transformation fänden; das aber war eine Illusion.

Deutlich lassen sich zwei unterschiedliche Wellen der Konkurse erkennen: in den Jahren bis 1993 die Liquidierung der abgewickelten THA-Betriebe und anschließend die Pleitewelle der Neu- und Ausgründungen. Die Zuwachsraten der Konkurse liegen aber auch seit 1994 wesentlich höher als die im früheren Bundesgebiet.

Der Anteil Ostdeutschlands an den gesamtdeutschen Unternehmensinsolvenzen stieg von 4,4 vH im Jahre 1991 in fast gleich großen Jahresraten auf gegenwärtig 30 vH an. Die Insolvenzhäufigkeit (Insolvenzen je 10.000 Unternehmen) lag 1995 mit 160 mehr als doppelt so hoch wie im früheren Bundesgebiet. Es besteht mithin die Gefahr, daß der Bestand an Unternehmen in den neuen Ländern sich künftig, wenn die Konkurswelle anhält, vermindert, mit den entsprechenden negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung, die Wertschöpfung und damit auf den Transferbedarf.

Besonders bedenklich ist die Pleitewelle in der ostdeutschen Industrie. Zwar entfällt der größte Anteil der Konkurse auf die Bauwirtschaft (1995 waren es 32 vH aller Insolvenzen, in Westdeutschland 22 vH). Aber der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes erreichte 1995 13 vH und liegt folglich nur unwesentlich unter dem westdeutschen (16 vH). Waren die Industriebetriebe in den ersten Jahren der Transformation noch relativ konkursresistent, eine Folge des intensiveren Gründungsaufwands und der öffentlichen Förderung, so schlägt diese Tendenz jetzt um.

Betroffen sind weniger die Töchter westdeutscher und ausländischer Firmengruppen, vielmehr die im reinen Ostmanagement befindlichen, unverbundenen Betriebe. Der Transformationsprozeß hatte sie mit folgenden Grundmängeln versehen, die nun zur Existenzbarriere werden, die viele nicht überwinden können:

– Ungenügende Eigenkapitalausstattung: Fehlendes Eigenkapital ist nicht nur ein Finanzierungsdefizit, es setzt auch die Kreditwürdigkeit des Unternehmens herab.

– Ungenügende oder sogar massive Verluste: Dadurch werden viele dieser Betriebe vom Schuldendienst für die in der Gründungsphase aufgenommenen Kredite überfordert. Im Durchschnitt liegt die Kreditbelastung je Unternehmen in Ostdeutschland doppelt so hoch wie im früheren Bundesgebiet.

– Ungenügende Absatzentwicklung: Trotz erheblicher öffentlicher Subventionen für Investitionen, Lohnkosten und FuE-Aufwand gelingt es vielen dieser Unternehmen nicht, auf dem Markt Fuß zu fassen; sie scheitern an den Marktzugangsbarrieren.

Diese Entwicklung trifft auf einen Bestand an Industriebetrieben, der noch weit unter dem Industriebesatz im früheren Bundesgebiet liegt. Im Transformationsprozeß wurden mithin die FuE- sowie innovationsintensiven Zweige und Branchen der ostdeutschen Industrie stark vernachlässigt. Risikoreiche Investitionen in neue Technologien und Erzeugnisse, mit denen sich in längerer Sicht Wachstumspotentiale erschließen ließen, blieben weitgehend aus.

Vorliegende Berechnungen ergaben, daß die Industrie in Ostdeutschland in den nächsten zehn Jahren weiter an Beschäftigung und vor allem FuE-Potentialen verlieren wird, wenn sich ihre gegenwärtigen Zweig- und insbesondere Betriebsgrößenstrukturen nicht verändern. Die gegenwärtige Struktur der Industrie in Ostdeutschland ist also nicht expansionsfähig. Eine zweite Investitionswelle wäre folglich erforderlich, die einen Strukturwandel in Richtung rasch wachsender, innovationsintensiver, international wettbewerbsfähiger Branchen und Unternehmen bewirken würde.

Deutlich aber ist auch, daß die modernisierten Unternehmen in den auf lokale Märkte ausgerichteten, nicht hoch FuE-intensiven Branchen in eine anhaltende Wachstumsphase gelangen müßten,

um die getätigten Investitionen zu amortisieren und Raum für Kapazitätserweiterungen und mehr Beschäftigung zu schaffen. Nach den Erfahrungen aus internationalen Aufholprozessen birgt eine solche Entwicklung kurzfristig größere Wachstumschancen als FuE-intensive Innovationen.

Nicht zuletzt folgt aus der gegebenen Analyse, daß die Transferabhängigkeit der neuen Länder im Ergebnis der transformationsbedingten Deindustrialisierung entstand und sich verfestigt hat.

Die West-Ost-Finanztransfers

Die Kontroversen über Höhe, soziale und ökonomische Wirkungen sowie Perspektiven der öffentlichen West-Ost-Finanztransfers haben sich mit der Zuspitzung der ökonomischen und sozialen Probleme auch in Westdeutschland verschärft. Eine Eigenart dieser Auseinandersetzungen besteht darin, daß es keine allgemein akzeptierte Größe der Transferleistungen der öffentlichen Haushalte (Bund, Länder, Gemeinden, EG, Sozialversicherungen) für Ostdeutschland gibt. Von den einzelnen Institutionen werden unterschiedliche Leistungen in die Berechnungen einbezogen. Dabei spielen einerseits die jeweiligen spezifischen Interessenlagen eine Rolle, aber auch eine Reihe methodischer Schwierigkeiten und ungelöster Probleme der genauen Bestimmung und Erfassung dieser Transfers.

Bei Investitionen in Ostdeutschland erhalten westdeutsche Investoren bedeutende Steuervergünstigungen. Die hierdurch in den alten Bundesländern bewirkten Steuerausfälle werden von den Instituten der deutschen Wirtschaft Köln (IW) und für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) in die Transferbilanz einbezogen. Von ihnen werden auch die in hohem Maße durch die verfehlte Privatisierungspolitik entstandenen Defizite der Treuhandanstalt (nach Abzug der Zinsausgaben) als Bestandteile der Transfers angesehen. Dadurch liegen die von beiden Instituten für 1991-1995 berechneten Nettotransfers um 155 bis 172 Mrd. DM über den Summen, die der Sachverständigenrat und das Bundesministerium der Finanzen (BMF)

angibt. Vom Kieler Institut für Weltwirtschaft wurden sogar die vereinigungsbedingten Altschulden als Bestandteil der Nettotransfers gewertet, wodurch sich ihr Umfang für 1991-1995 noch einmal um über 100 Mrd. DM erhöht.

Tabelle 10: Nettotransfers an Ostdeutschland – Berechnungen der Institute im Vergleich; in Mrd. DM

Jahr	Sachverständigenrat	Bundesfinanzministerium / Bundesbank	Institut der deutschen Wirtschaft	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	Institut für Weltwirtschaft Kiel
1991	105	106	131	129	129
1992	123	115	148	152	253
1993	132	129	169	175	198
1994	123	125	162	169	165
1995	124	140	152	154	143
1991 – 1995	607	615	762	779	888

1) Nettoleistungen ohne Zins- und Tilgungszahlungen für Altschulden

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 1996, S. 26

Ein Grundproblem in den Auseinandersetzungen um die Höhe der Transferzahlungen besteht darin, daß meist nicht klar definiert wird, welche Fragestellung untersucht werden soll und welche Prämissen dementsprechend zugrunde zu legen sind. Bei der Bestimmung der Höhe der gesamten Finanztransfers von West nach Ost müßte von den Nettoberechnungen ausgegangen werden, wie sie vom Sachverständigenrat und vom BMF vorgenommen werden. Wenn jedoch die Frage beantwortet werden soll, welche spezifischen Transferzahlungen Ostdeutschland erhalte, so dürften nur die Leistungen berücksichtigt werden, die eine „spezifische Ostförderung“ darstellen. Die Transfers müßten also um die Zahlungen bereinigt werden, die sich aus der Übertragung des westdeutschen Rechts- und Ordnungssystems auf die neuen Länder ergeben wie z.B. Leistungs-gesetze, reine Bundesaufgaben u.a. Dem liegt die Überlegung zugrunde, daß nur solche Leistungen als spezifische Transferleistungen

West-Ost aufgefaßt werden dürfen, die nicht auch für die alten Bundesländer und deren einzelne Regionen erfolgen. Auch in Westdeutschland werden von finanzstarken an finanzschwache Länder mit Ergänzungen durch den Bund Transfers zur Angleichung aufgebracht.

Wenn davon ausgegangen wird, die zusätzlichen Belastungen der öffentlichen Haushalte (Bund und alte Bundesländer) für Ostdeutschland zu bestimmen, so müßte ebenso berücksichtigt werden, daß mit der Vereinigung einerseits Kosten wegfielen, wie z.B. die Zonenrand- und Berlinförderung, und andererseits EU-Hilfen hinzukamen. Sie entsprechen zusammen einer jahresdurchschnittlichen Entlastung von etwa 20 Mrd. DM, oder für den Zeitraum 1991-1996 insgesamt etwa 120 Mrd. DM (Heilemann/Rappen 1996, S. 88).

Eine weitere entscheidende Größe, die es in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen gilt, sind die mit dem „Vereinigungsboom“ in Westdeutschland ausgelösten Wachstumseffekte für Produktion und Beschäftigung. Diese sind wiederum Grundlage für Mehreinnahmen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung durch Steuern und Abgaben. Nach einer Einschätzung des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle liegt der Wachstumsgewinn (Differenz zwischen Fortsetzung des Wachstumstrends bis 1989 und dem tatsächlichen Wachstum) bei rund 200 Mrd. DM jährlich oder bei rund 7 vH des Bruttoinlandsprodukts (IWH 1996, S.2). Nach anderen Untersuchungen ist der Wachstumseffekt etwas niedriger, insgesamt etwa 4 vH des BIP. Wenn folglich von einem jährlich um 120-200 Mrd. DM oder kumulativ für 1991-1995 um 500-900 Mrd. DM höheren Bruttoinlandsprodukt sowie einer Steuer- und Abgabenquote von 43 vH ausgegangen wird, so ergeben sich daraus beträchtliche Mehreinnahmen der öffentlichen Haushalte. Sie würden sich, je nach den zugrunde gelegten Werten des zusätzlichen Wachstums, auf 50-85 Mrd. DM jährlich und im Zeitraum für 1991-1995 kumulativ auf 215 bis zu 400 Mrd. DM belaufen. Hiermit wäre ein beträchtlicher Teil der Belastungen der öffentlichen Haushalte infolge der Transferzahlungen für die neuen Bundesländer ausgeglichen.

Eine Bewertung der öffentlichen Finanztransfers von West nach

Ost muß auch weitere Zusammenhänge beachten, insbesondere den in umgekehrter Richtung verlaufenden Vermögenstransfer und die differenzierten sozialen und regionalen Wirkungen der Transferzahlungen in den alten und neuen Bundesländern (vgl. Steinitz 1997).

Die finanziellen Transfers müssen vor allem danach bewertet werden, wie sie dazu beitragen, eine sich selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern zu fördern. Ohne sie wären die bedeutenden Leistungen bei der Modernisierung und Erweiterung der Infrastruktur der neuen Bundesländer nicht möglich gewesen, wäre die Tätigkeit vieler Kommunen lahmgelegt, könnten die Zahlungen für Arbeitslosengeld, Altersübergangsgeld u.ä. sowie die Rentenerhöhungen nicht gesichert werden. Nach Berechnungen der Bundesbank wurden von den Bruttoleistungen – die Nettoleistungen können nicht aufgeschlüsselt werden – im Durchschnitt der Jahre 1991-1995 etwa 44 vH für Sozialleistungen, 16,5 vH für Investitionen (1995 waren es 18 vH) und 8 vH für Subventionen eingesetzt, während 32 vH auf allgemeine, nicht aufteilbare Finanzaufwendungen entfielen. Ohne diese nicht zurechenbaren Leistungen läge der Anteil der Sozialleistungen an den Brutto-transfers in diesem Zeitraum bei 64,5 vH, während die Investitionen 24 vH (1995 26 vH) ausmachten. Von den allgemeinen Finanzaufwendungen an die ostdeutschen Länder und Kommunen wurde ein beträchtlicher Teil für Investitionen in die Infrastruktur und den Wohnungsbau eingesetzt. Es kann davon ausgegangen werden, daß im gesamten Zeitraum etwas mehr als ein Viertel, 1995 etwa 30 vH, für investive Aufgaben verwendet wurden.

Eine andere Wirtschaftspolitik ist dringend notwendig

Die gegenwärtige Wachstumsschwäche der Wirtschaft Ostdeutschlands ist kein kurzfristiger konjunktureller Einbruch. Die Transformationsstrategie und -politik der Bundesregierung hat der Bundesrepublik vielmehr eine rückständige deutsche Wirtschaftsregion beschert. Ostdeutschland ist gegenwärtig, gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, die größte zusammenhängende rück-

ständige Wirtschaftsregion in der EU. Die sozialen, ökonomischen und politischen Auswirkungen sind wesentlich intensiver und folgeschwerer als bisher angenommen. Ihre Entwicklung wird sich künftig nach den bekannten allgemeinen Mustern und Trends in den Beziehungen zwischen hoch- und unterentwickelten kapitalistischen Gebieten vollziehen. In keinem westeuropäischen Land gelang es bisher der Wirtschaftspolitik, unterentwickelte Landesteile, z.B. Nordengland oder Süditalien, an das Niveau von Produktivität, Einkommen und Beschäftigung der hochentwickelten nationalen Wirtschaftsräume heranzubringen. Dabei gilt: Je weiter der Aufholprozeß voranschreitet, desto länger werden die Fristen für weitere Fortschritte. Diese jetzt offensichtliche Perspektive für die ökonomische und soziale Entwicklung in den neuen Ländern aber hat einschneidende Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft, Gesellschaft und Politik insgesamt, ist folglich kein separates Problem der neuen Länder.

Gelingt es nicht, die Leistungskraft der ostdeutschen Wirtschaftsregion deutlich zu erhöhen, werden das öffentliche Finanzsystem, insbesondere die Systeme der sozialen Sicherung, dauerhaft stark belastet; denn für eine umfassende Subventionierung eines so großen nationalen Notstandsgebietes ist die Bundesrepublik in ihrer sozialen und politischen Gestaltung nicht eingerichtet.

Selbst die Bundesregierung bestätigt in einem Bericht an die EU-Kommission, daß die Bevölkerung in der Sonderregion Ostdeutschland auf lange Zeit von der westdeutschen Produktivitäts- und Einkommensentwicklung abgekoppelt sein wird. Sie hat dagegen bereits den Weg beschritten, die gesamtdeutschen Standards für Löhne, Lohnersatzleistungen und Sozialleistungen aller Art herabzusetzen, nicht nur, aber auch, um die West-Ost-Transferlasten in Grenzen zu halten. Wie weit sich dieser Bogen noch spannen läßt, ist gegenwärtig nicht abzusehen.

Soll diesen für die gesamte Bundesrepublik bedrohlichen Risiken entgegengesteuert werden, muß die Wirtschaftspolitik für und in Ostdeutschland gründlich überdacht und neugestaltet werden. Dabei haben zwei Prämissen Vorrang:

– Die Förderpolitik für Ostdeutschland muß sich auf einen Zeit-

raum von mindestens zehn Jahren einstellen, d.h. für eine solche Frist verlässliche, kalkulierbare öffentliche Subventionen und andere Hilfen garantieren. Alle Konzepte, die darauf zielten, mit irgendwie gearteten kurzfristigen „Anschubhilfen“ der Misere beizukommen, sind gescheitert. Auch die internationalen Erfahrungen gestatten kein weiteres Ausweichen vor den sehr langfristigen Problemen in der unterentwickelten ostdeutschen Wirtschaftsregion.

– Die Förderpolitik muß sich auf die vorrangige Entwicklung der Industrie in Ostdeutschland konzentrieren. Von ihrer Leistungsfähigkeit und Dynamik hängt entscheidend der weitere Produktivitäts- und Einkommensfortschritt ab und zugleich auch die Verringerung des Transferbedarfs im Maße ihrer Exportintensität und ihrer Fähigkeit, „Importe“ zu substituieren.

Das Ausmaß der gegenwärtigen Ost-West-Niveauunterschiede läßt keinen Zweifel daran, daß ein Förderkonzept von zehn Jahren nur der Start für einen weitaus längerfristigeren Anpassungsprozeß der ostdeutschen Industrie und Wirtschaft an das westliche Leistungsniveau sein kann.

Mit dieser Prämisse plädiert die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* erneut dafür, die Wirtschaft in den neuen Ländern auf lange Frist, mit einem Ost-West-Förderungsgefälle, bevorzugt zu unterstützen. Die dafür erforderlichen Maßnahmen sollten sich auf zwei prinzipielle Aufgaben konzentrieren:

1. Maßnahmen zur Bestandssicherung: Die größte Gefahr für einen akuten Rückschlag im Entwicklungsprozeß der ostdeutschen Wirtschaft besteht darin, daß es einer großen Zahl von Unternehmen nicht gelingt, die getätigten, hoch subventionierten Investitionen, die vorgenommenen Modernisierungen ihrer Produktionsausrüstungen und Technologien und nicht zuletzt die mittels FuE bewirkten Produkt- und Prozeßinnovationen am Markt in wachsenden Umsätzen zu realisieren. Der akute Wachstumseinbruch und die hohe Anzahl der Konkurse sind eindeutige Beweise dafür. Notwendig für den Aufholprozeß der ostdeutschen Unternehmen ist aber ein langfristiges überdurchschnittliches Wachstum mit hoher Kapazitätsauslastung, um Gewinne für eine eigenständige Akkumulation

zu erzielen und vor allem Spielraum für Kapazitätserweiterungen und mehr Beschäftigung zu schaffen.

Vor allem für Industriebetriebe mit günstigen Wettbewerbschancen sollten deshalb

– Liquiditätshilfen bei vorübergehenden Schwierigkeiten gewährt werden. Die hierfür in den neuen Ländern bereits gebildeten Fonds sind aufzustocken, vor allem sind die Bereitstellung und Auszahlung dieser Mittel drastisch zu entbürokratisieren und zu beschleunigen. Die Bewilligung von Liquiditätshilfen ist jedoch weiterhin an Gutachten von Förderorganisationen und Hausbanken zu binden, um nicht-wettbewerbsfähige Unternehmen von Subventionen auszuschließen.

– Kredithilfen und Beteiligungsangebote der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und Deutsche Ausgleichsbank mit dem Ziel, die Eigenkapitalbasis dieser Unternehmen zu stärken, für mindestens zehn Jahre ungekürzt weiterhin zur Verfügung stehen.

– Absatzhilfen durch Förderung und Begünstigung von Exporten und Belieferung westdeutscher Märkte geschaffen werden. Hierfür sollte die „Einkaufsoffensive“ des BDI auf die Einzelhandelskonzerne und -ketten ausgedehnt und durch die öffentliche Verwaltung kontrolliert und wirksamer gemacht werden. Eine regelmäßige Berichterstattung der amtlichen Statistik über die Absatzentwicklung ostdeutscher Erzeugnisse auf den Märkten des früheren Bundesgebiets könnte solche Initiativen fördern.

Alle diese Fördermaßnahmen sind daran zu messen, ob es gelingt, die entstandenen, modernisierten ostdeutschen Industriebetriebe, auch und vor allem im Bereich konventioneller, nicht FuE-intensiver Erzeugnisse und Leistungen, so wettbewerbsfähig zu machen, daß sie längerfristig überdurchschnittlich rasch expandieren. Zugleich aber sind verstärkte wirtschaftspolitische Aktivitäten notwendig, um ein innovatives, international wettbewerbsfähiges, sowie exportintensives Industripotential zu schaffen.

2. Maßnahmen einer längerfristig ausgerichteten Struktur- und Industriepolitik: Ohne eine intensive, längerfristige Förderung des Aufbaus und der Entwicklung FuE-intensiver Industrien und insbesondere innovativer Großbetriebe in Ostdeutschland können die gegenwärtige ökonomische Rückständigkeit, der hohe Transferbe-

darf und nicht zuletzt die Massenarbeitslosigkeit nicht überwunden werden. Eine dafür von uns bereits seit Beginn der Transformation immer wieder geforderte komplexe und langfristig angelegte Industriepolitik ist gegenwärtig dringender denn je. Als unverzichtbare Elemente einer solchen Politik betrachten wir:

– *Gezielte, selektive Investitionshilfen.* Die bisher gewährten Mittel für Investitionszuschüsse und -zulagen sollten langfristig weiter gewährt, nicht degressiv gestaltet werden, aber die Anspruchsbeziehung sollte beschränkt werden. Selektionsziele sollten sein:

- Investitionen für Kapazitätserweiterungen mit Beschäftigungszuwachs;
- Investitionen in Technologien und Kapazitäten für FuE-intensive Erzeugnisse mit hohen Exportchancen;
- Investitionen für betriebliche FuE-Ausrüstungen;
- Investitionen von FuE-Dienstleistern, die mit Industriebetrieben kooperieren;
- Ansiedlung von Großbetrieben mit bedeutenden Effekten für die Beschäftigung, die Exportentwicklung und die regionale Wirtschaftsstruktur (Produktionsnetzwerke).

Diese Anspruchsbeschränkungen erfordern entsprechende Bewilligungsverfahren. Sie könnten relativ reibungslos installiert werden, wenn die herausgebildeten Förderorganisationen in den neuen Ländern (IHK, VDI/VDA, Banken, Ämter für Wirtschaftsförderung, Finanzämter, Landesministerien u.a.) dafür koordiniert würden. Die Grundlage müßte eine vom Bund erlassene Förderrichtlinie bilden. Die Fördersätze sowohl für die Zulagen als auch Zuschüsse sollten differenziert werden, wobei den Landesregierungen hier die Entscheidungshoheit übertragen werden sollte.

– *Innovationsförderung für KMU.* Eine derartige Förderung ist besonders wichtig, weil das Gros des ostdeutschen betrieblichen FuE-Potentials in KMU konzentriert ist. Gegenwärtig bestehen noch Chancen, daß sich eine Anzahl FuE-intensiver KMU in den nächsten Jahren zu starken, rasch expandierenden Mittelbetrieben entwickelt. Als Förderinstrumente sollten genutzt werden:

- Lohnkostenzuschüsse für das FuE-Personal (langfristige Fortführung der PFO);

- Zuschüsse für FuE-Kooperation mit externen FuE-Einrichtungen öffentlicher, privater und gemeinnütziger Art;
- erneute Installierung eines Innovationsförderprogramms (IFP). Aufwendige, erfolgversprechende Projekte innovativer KMU sollten wie bisher Finanz- und kostenlose Beratungshilfen für FuE, Produktionseinführung und Absatz von neuen Erzeugnissen erhalten. Der Bundeshaushalt sollte dafür 150 bis 200 Mio. DM jährlich bereitstellen und durch das installierte System der Förderorganisationen verteilen lassen.

– *Weiterer Ausbau der öffentlichen, wirtschaftsnahen Infrastruktur.* Die komplexe Modernisierung und Sanierung der Verkehrs- und Kommunikationsanlagen und -einrichtungen, der Ver- und Entsorgungssysteme (Abwasseranlagen z.B.) ist sowohl als Konjunkturstütze für die angeschlagene Bauwirtschaft als auch als Voraussetzung für weitere Industrieansiedlungen notwendig. Unser Vorschlag für ein öffentliches Investitionsprogramm von jährlich 120 Mrd. DM, davon 40 Mrd. DM für die neuen Länder, ist nach wie vor aktuell.

– *Entschlossener Einstieg in den ökologischen Umbau.* Dabei würden spürbare gesamtdeutsche Energie- und Verkehrsvermeidungssteuern in zwei Richtungen positiv wirken:

- Sie gewährten den verbrauchernahen Kapazitäten in den neuen Ländern bessere Wettbewerbschancen gegenüber der westdeutschen und ausländischen Konkurrenz;
- sie förderten generell den Auf- und Ausbau moderner Kapazitäten für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland.

Die neuen Länder stehen nun am Beginn einer neuen Entwicklungsphase. Sie bietet sehr ungünstige Voraussetzungen für eine weitere Angleichung an das Produktivitäts- und Einkommensniveau Westdeutschlands. Um so wichtiger und unverzichtbar sind konsequente wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Korrektur der bisherigen Entwicklung in Richtung eines, wenn auch sehr langfristigen, ökologischen Umbau- und Angleichungsprozesses. Ohne staatliche Interventionen bleibt Ostdeutschland eine unterentwickelte Region mit hoher Arbeitslosigkeit, zunehmenden sozialen Spannungen und hohem West-Ost-Transferbedarf.

5. Beschäftigungspolitik – neue Ansätze bei abnehmender Wachstumsdynamik

Die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in den Industrieländern geben wenig Anlaß zu Optimismus. Maßgeblich hierfür ist die anhaltende und sich tendenziell verschärfende Massenarbeitslosigkeit, die mit einer sozialen Polarisierung der Gesellschaft einhergeht. Die zunehmenden Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherungssysteme, die steigende Staatsverschuldung und stagnierende oder sogar sinkende Masseneinkommen spiegeln diese Entwicklung auf der Verteilungsseite wider. In der Vergangenheit war wirtschaftliches Wachstum ein probates Mittel, das immer wieder entscheidend zur Überwindung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Krisen beigetragen hat. Die Zeichen mehren sich jedoch, daß in Zukunft realistischerweise vom Wirtschaftswachstum herkömmlichen Typs kein signifikanter Beitrag zur Problemlösung mehr erwartet werden kann. Hierfür lassen sich im wesentlichen vier Argumente anführen:

1. Eine Analyse der historisch einmaligen Ursachen der hohen Wachstumsraten des Sozialproduktes in der Nachkriegszeit und ihrer nachfolgend kontinuierlichen Abschwächung zeigt, daß es unrealistisch ist, auf zurückkehrende hohe Wachstumsraten zu hoffen, die einen merklichen Beitrag zur Lösung der Probleme auf dem Arbeitsmarkt leisten könnten.

2. Unterstützt wird dieses Ergebnis durch eine genauere Analyse des langfristigen Verlaufs des bundesdeutschen Sozialprodukts. Es läßt sich rückblickend feststellen, daß die Entwicklung des realen Sozialprodukts entgegen allen Voraussagen keinem exponentiellen, sondern „nur“ einem linearen Verlauf gefolgt ist. Lineares Wachstum bedeutet im Gegensatz zum exponentiellen Wachstum, daß jährlich kein steigender, sondern ein real konstanter Zuwachs erfolgt. Für die Bundesrepublik ist das seit 1960 in Preisen von 1991 ein jährlicher Sozialproduktzuwachs, der beständig um den langfristi-